

Ev. Volkshund.

Bezirk Nagold
Sonntag, 29. Jan. abends 7/8 Uhr im Vereinshaus Vortrag von Herrn Max...

Nagold. 339

Ein jüngerer Tagelöhner kann sofort eintreten bei H. Käufer.

Nagold. Einen ordentlichen 344

Jungen

nimmt zum Frühjahr in die Lehre.

Otto Harr Sattler- u. Tapeziermeister.

330 Ebbhausen Tüchtiger

Schneider

kann sofort eintreten bei Georg Ziefle Schneidermeister.

Gabe im Auftrag eines werten getragenen

Anzug,

für größere Schlankte Figur passend, zu verkaufen.

D. Obige.

Gesucht

auf 15. Februar oder 1. März älteres

Mädchen

von Frau Stobtpfarrer Eberhardt, Jaxelstein. 344

Bettstelle

mit Koff verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle D. Bl.

Gottesdienst-Ordnung

Ev. Gottesdienst am 4. Sonntag n. Joh. 29. Jan. 10 Uhr Predigt (Schäfer) 11 Uhr Kirchenmusik (L. Köhler) Abends 7/8 Uhr im Vereinshaus Vortrag von W. Widmann...

Ev. Gottesdienste der Methodistengemeinde. Sonntag 10 u. 11 Uhr Predigt (J. Köhler) 11 Uhr Kirchenmusik (L. Köhler)...

Kathol. Gottesdienst. Sonntag, 29. Jan. 1/2 8 Uhr Gottesdienst in Rohrbach, 1/2 11 Uhr Gottesdienst in Nagold, 2 Uhr Gottesdienst in Nagold...

Erscheint an jedem Werktag, Behaltungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis: in Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Postgebühren monatl. 48.- Einzelnummer 40 J.

Einziges-Geblät für die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung A 1.- bei mehrmaliger Abdruck nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konfiskation ist der Abdruck hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Montag den 30. Januar 1922

Nr. 24

Montag den 30. Januar 1922

96. Jahrgang

Gepründet 1826

Druck und Verlag von W. W. Sailer (Max Sailer) Nagold, Verantwortlich für die Schließung H. Hofmann.

Preis pro No. 20.

Telegraphen-Adresse: Gesellschaft Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 6118.

Verbreitete Zirkulation im Oberamtsbezirk. - Anzeigen sind höher von bestem Erfolg.

Für jede Zeile mit besonderer Schrift übernahm. Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Anzeigen übernommen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Anzeigen.

Zur Lage.

Die eindrucksvolle Rede, die Dr. Wirth im Reichstag gehalten hat, kann aus in einem starken Selbstvertrauen zum Führer werden. Wannigmalig waren die inneren Gemütskräfte, die sich in den letzten Wochen und Monaten der Reichspolitik entgegengekehrt hatten. Aber seit Versailles hat sich für Deutschland die Weltatmosphäre immerhin etwas gebessert. Freilich: Wir müssen als Besiegte zahlen, soviel wir können, dieses Kriegsgeld einer sich auf Gewalt stützenden Welt gilt für alle, die im Augenblick des Niedrerdens keine Beschränkung haben, es gilt deshalb auch für das freundlose Deutschland. Wir haben zu zahlen, darin müssen wir uns aus realpolitischer Erkenntnis mit unseren ehemaligen Gegnern einig sein, nur über das „so viel wir können“ streiten wir uns mit ihnen, streiten wir uns auch heute. Doch heute gibt es Völker, die uns glauben, wenn wir sagen, daß wir außerhande sind, ihren ursprünglichen Ansprüchen zu genügen. Der von uns in terminen, aber in seinen Folgen für uns und manche anderen katastrophal ausgefallene Versuch der Erfüllung ist ihnen zum Bekehrer geworden. Der ehrliche Erfüllungswille Deutschlands hat unsere Finanzkraft aufs gefährlichste geschwächt, aber er ist zugleich eine scharfe Waffe gewesen, die der Wirtschaft der Weimarer Republik schwere Wunden schlug, so daß es nun unter den Gegnern Mächte gibt, die dringend Einhalt verlangen. Aber auch das, was man in diesem Jahr von uns erwartet, ist noch von erschreckender Höhe. Wir haben es angeboten, — denn die Laten sollen zeigen wo die Grenze unserer Leistungskraft liegt. Die zwischen Lloyd George und Brand in London getroffene Vereinbarung und das von den Sachverständigen in Cannes ins Auge gefaßte Protokoll für 1922, die sich von einander im wesentlichen nur durch das Verhältnis von Verzinsungen und Sachleistungen unterscheiden, sind gewiß nicht beklagenswert für Deutschland, aber sie zeigen gegenüber dem Londoner Reparationsplan einen großen Fortschritt an. Das deutsche Volk wird deshalb dem Kaiser, der es seit der Annahme des Londoner Reparationsplans bis heute geföhrt hat, weiter mit Vertrauen folgen können.

Allerdings der Regierungswechsel in Frankreich giebt die gewünschte provisorische Ermäßigung in Zweifel. Brand war bereit, Deutschland in diesem Jahre unter der Bedingung zu schonen, daß die Zahlungen an Frankreich dadurch keine Verärgerung erfahren würden. Herr Poincare aber scheint anderen Willens zu sein. Zwar hat er versprochen, in seiner Programmrede klar auszusprechen, was er über die diesjährige Regelung denkt, aber seine Unterschrift stand unter dem Protesttelegramm der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, in dem diese von Brand in Cannes u. a. ein Festhalten an dem Londoner Zahlungsplan verlangte. Wird Poincare nun als Regierungschef versuchen, sich diese Politik zu eigen zu machen? Wenn er es thut, dann würden Deutschland und der übrigen Welt in den nächsten Wochen durch das Verschulden Frankreichs noch mancherlei Aufregungen bevorstehen. Der Kaiser hat deshalb recht daran getan, einen Teil seiner Rede an die französische Adresse zu richten. Es gibt Franzosen, die heute der Wahrheit ins Gesicht zu sehen vermögen, die sie erkennen und die aus ihrer Erkenntnis bemerkenswerte Folgerungen zu ziehen imstande sind. In der Regierung des Herrn Poincare blüht als andere, einschlägige Franzosen? Es ist beängstigend, den Quell alles Schlechten in der weltpolitischen Lage immer wieder in der französischen Politik suchen und Reis Frankreich anklagen zu müssen, aber ein Frankreich, das immer noch Deutschland des bösen Willens beschuldigt, legt sich dem Vorwurf aus, eine vernunftmäßige Regelung der zwischen ihm und Deutschland schwebenden Fragen überhaupt nicht zu wollen, sondern sich mit ihrem System der Garantien und Sanktionen wilden Anreizungsplänen hinzugeben.

Die zweite, weitere Etappe, die vor uns liegt, ist Genua. Dr. Wirth hat das Wort des englischen Premierminister vom internationalen Vertrauen aufgenommen, nicht als ein bloßes Wort, sondern als ein großes politisches Bekenntnis. Gerade wir Deutsche haben Anlaß, die Wiederherstellung des Vertrauens unter den Völkern zu wünschen. Denn nur das Vertrauen der anderen kann uns zu besseren Zuständen helfen. Aber wird angesichts des in Frankreich noch immer herrschenden Misstrauens das für Genua gesteckte Ziel erreicht werden können? Durch wirtschaftliche Wiederaufbauarbeiten größten Stiles will Lloyd George seine Pläne rechtfertigen und mit einer soliden Basis versehen lassen. Aber ohne Amerikas tätigen Bestand werden letzten Endes die Wiederaufbauprojekte nicht durchgeführt werden können. Und Amerika wirkt ab. Es steht den französischen Militarismus und fürchtet, daß der russische Bolschewismus noch genügend nachgiebig sei. Es hält Europa für ein Genua noch nicht für reif. Wird infolgedessen die Konferenz von Genua verschoben werden oder wird sie sich mit einem geringeren Programm begnügen müssen?

Die Zwangsanleihe.

W. W. Finanzwirtschaftlich ist das Ausschreiben einer Zwangsanleihe nichts anderes als die vorläufige Ankündigung des Staatsbankrotts. Die Zwangsanleihe gilt in der

Regel als das äußerste Mittel, um den Bankrott zu verhindern. Berlangt es, so ist damit auch der letzte Ausweg verschlossen. Es bleibt dann nur noch übrig, daraus die tatsächlichen Folgerungen zu ziehen. Wenn die Zwangsanleihe auch schon der Strafbahn ist, nach dem der Staatsbankrott greift, so bleibt trotzdem die Pflicht übrig, Wirkung und Ergebnis vorweg zu prüfen. Zunächst ist darauf aufmerksam zu machen, daß Vermögensbestandteile, die für den Zugriff einer Zwangsanleihe taugen, eigentlich garnicht vorhanden sind. Gewiß, wir haben einen Notenumlauf von 120 Milliarden Papiermark. Die Treffer der Reichsbank und der Großbanken sind mit Schatzscheinen des Reiches bis zum Bersten gefüllt. Der Geldmarkt gilt als flüssig, das wilde Spiel an der Börse ist lebhafter als je. Von Monat zu Monat steigt der Kapitalbedarf der Industrie. Allein dieser Kapitalbedarf ist nicht weniger als ein Zeichen wirtschaftlicher Gesundheit. Die Industrie muß Kapital aufnehmen, um den Betrieb durchhalten zu können, um Rohstoffe einzukaufen, was sich alles aus dem wirklichen Ertrag der einzelnen Unternehmen nicht decken läßt. Wenn auf die hohen Dividenden hingewiesen wird, die die Aktien-Gesellschaften ausschütten, so ist dazu zu sagen, daß sie vielmehr unter dem Zwange des Kapitalbedarfes stehen. Um den Geldmarkt willig zu machen, neue Kapitalien für den Betrieb herzugeben, muß der Anreiz hoher Dividenden da sein. Die Zwangsanleihe wäre aber in der Hauptsache von Industrie, Handel und Gewerbe zu tragen. Das sogenannte Rentnerium ist verschwunden. Soll die Zwangsanleihe nicht ein Spiel mit Worten sein, so muß sie so viele Vermögensgegenstände erfassen, daß zum mindesten ein höherer Betrag herauspringt.

Der Reichsdarlehenspräsident Haarmann hat früher einmal das Ergebnis einer Zwangsanleihe auf 1 Milliarde Goldmark geschätzt. Das wäre aber heute nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Summe würde heute nicht einmal antreiben, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts zu decken, selbst dann nicht, wenn die Ausgabeleine streng nachgeprüft würde. Tatsächlich wird auch ein höherer Betrag als nur 1 Milliarde Goldmark für notwendig erklärt. Es wird eine Summe von 2 oder 3 Milliarden Goldmark genannt. In Papiermark umgerechnet, welches das heute 50 bis 80 Milliarden Mark sein. Dieser ganze unvorstellbare Betrag würde hauptsächlich von Industrie, Gewerbe und Handel getragen werden müssen. Nun steht fest, daß die Industrie ständig unter dem Manne an Betriebskapital leidet. Woher soll sie die Mittel für die Zwangsanleihe nehmen? Die Aktien-Gesellschaften verkaufen nicht über ihre Aktien, die einzelnen Unternehmen nicht über mobile Kapitalien in dem Ausmaß, um den verhältnismäßig hohen Pflichtanteil auf die Zwangsanleihe einzubringen zu können. Sonst würden die Pflichten gezwungen sein, für die Zwecke der Anleihe an den inneren Geldmarkt heranzutreten. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß sich diese Aufgabe von Milliarden aufzutreiben lassen, zumal sie nur mit geringer Zinsverzinsung ausgestattet werden können. Allein selbst dann, wenn der Geldmarkt willig wäre, so würde die unermessliche Folge eine gewaltige Aufblähung aller Preise sein. Wenn der innere Geldmarkt verläßt, so bleiben nur die ausländischen Geldmärkte übrig. Das aber würde zu einer finanziellen Lebensbedrohung führen, zu schweren Beschränkungen der deutschen Wirtschaft, die die Auslandskapitalien sehr hoch verzinsen müßte. Es ist ein gefährlicher Irrtum, anzunehmen, daß die Wirtschaft oder der Besitz die Zwangsanleihe mühelos aufbringen könnte. Wohl jedes Unternehmen wäre gezwungen, den Betrieb irgendwie einzuschränken, da es ja die flüssigen Geldmittel, die sonst zum Ankauf von Rohstoffen dienen, für die Zwangsanleihe verwenden müßte. Weiter kommt in Betracht, daß eine Zwangsanleihe nicht regelmäßig erhoben werden kann. Ihr Ertrag würde im günstigsten Falle ausreichen, den Fehlbetrag eines einzigen Haushaltsjahres decken zu helfen. Aber der Preis dafür wäre unvorstellbar hoch. Die Wirtschaft würde unter der Abgabenlast zusammenbrechen, so daß im zweiten und dritten Jahr auch der Ertrag aus den allgemeinen Steuern und Gebühren weit geringer wäre. Auf der anderen Seite aber würden sich unsere Lasten nicht verändern, so daß dann der völlige wirtschaftliche wie finanzielle Zusammenbruch erst recht unermesslich sein würde. Die Ursache, daß die Zwangsanleihe verfallen muß, ist, daß wir durch den verlorenen Krieg völlig verarmt sind. Wir haben eben den großen Fehler begangen, Wirtschaft und Erzeugung künstlich einzuschränken, statt sie mit allen Mitteln zu fördern und zu heben.

Der deutsche Reform- und Garantieplan.

Berlin, 28. Jan. Die der Reparationskommission heute überreichte deutsche Note über u. a. aus: Die ältesten Sachverständigen auf der Giffeler Konferenz im Dezember 1920 erkennen an, daß die deutsche direkte Besteuerung seiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Wirklich wird durch die dem Reichstag vorliegenden Gesellschafts- und Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalsteuer, Verlehrssteuer, Körperschaftsteuer — die direkte Besteuerung erneut erhöht, so daß vielfach ein Empfinden in die Vermögensabflanz nötig ist. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1/4 v. H. auf 2 v. H. und der Kohlensteuer von 20 v. H. auf 40 v. H. belasten Produktion und Verbrauch im Voraus. Ebenso sollen wichtige Zölle und Verbrauchssteuern erhöht werden. Die Ge-

samtbelastung des Verbrauchs ist der indirekten Besteuerung anderer Länder mindestens gleich. In der Anlage wird die deutsche Steuerbelastung mit 31 bzw. 23 v. H. gegenüber 14/15 bzw. 16 v. H. der französischen vom Einkommen angegeben. Unter den energischen Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht wird die Aufhebung des Bankgeldmuffes, die Ueberwindung des Wertpapierbesitzes bei den Banken durch die Steuerbehörden besonders hervorgehoben. Die Tarife sind gegenüber der Vorkriegszeit, wie folgt, erhöht: Eisenbahnpersonenverkehr 19fach, Güterverkehr 32fach, Post, Telegraphen 21fach. Zuschüsse für Lebensmittelerhöhung werden im Jahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark gegenüber bisher 22,5 Milliarden betragen. Der Brotpreis wird demnächst erneut um 75 v. H. erhöht. Statt der Werkslostenunterstützung wird eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt. Die außerordentlichen Ausgaben der Post und der Eisenbahn betragen nur ein Drittel v. H. des Anlagevermögens gegenüber 3 v. H. in der Vorkriegszeit. Der ordentliche Etat weist mit 103,2 Milliarden Einnahmen und 86,7 Milliarden Ausgaben einen Ueberschuß von 16 1/2 Milliarden auf, die für die Reparationen usw. zur Verfügung stehen. Zwerd Einschränkung der schwebenden Schuld wird die Reichsregierung 1922 trotz des Mißerfolges der Sparprämissen-anleihe von 1919 erneut eine innere Anleihe vornehmen. Ein Erfolg ist erst zu erwarten, wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrags von Versailles den Dienst nicht beeinträchtigen können. Unabhängig davon ist die im Steuerkompromiß vorgesehene Zwangsanleihe, die aber nur eine äußerste, nicht zu wiederholende Maßnahme darstellt, um die Reparationsleistungen für 1922 möglichst ohne Notenpresse finanzieren zu können. Die Autonomie der Reichsbank wird gefestigt sicher gestellt. Die Befugnis des Reichsbankers zu Eingriffen in die geschäftliche Leistung wird befristet. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wird in gleicher Weise wie vor dem Kriege veröffentlicht werden. Das Reformprogramm erstreckt sich auf die Durchführung der inneren Zahlungsreform, jedoch nicht die gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen, da die Reichsmaßnahmen nur Papiergeld betragen.

Die Rede verweist auf die Ausführungen Rathenau's in Cannes über die Gründe des Marksturzes und die Unmöglichkeit, trotz höchster Kraftanstrengung kurzfristige Reparationsleistungen anzubringen. Deutschland besitzt außer Rohlen nur noch wenig Rohstoffe. Die Produktion der Landwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Der jährliche Einflußbedarf an unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Die Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 ist auf rund vier Milliarden, also unter Berücksichtigung allgemeiner Steigerung der Weltmarktpreise auf etwa ein Viertel gefallen. Die Zahlungsbilanz mit rund 2 Milliarden ist passiv. Jede erhebliche Devisenabfuhr bringt eine neue Erschütterung des Markturtes, vermehrt die Inflation und schwächt Deutschlands Fähigkeit zur Reparation immer mehr. Bei der wirtschaftlichen Betrachtung des Reparationsproblems ist daher das Ergebnis, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland mindestens für 1922 von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien. Die deutsche Regierung erkennt jedoch an, daß die schweren Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen hinter den politischen Notwendigkeiten zurückzutreten sind. Sie verweist ausdrücklich auf die ihr bekannten Ziffern von 720 Millionen Goldmark Verzinsungen und 450 Millionen Goldmark Sachleistungen, die von den Alliierten in Cannes in Erwägung gezogen sind. Sie

bittet, die Verzinsungen, nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen, niedriger festzusetzen, schlägt aber ohne Rücksicht auf die Höhe der Festlegung auf Grund der Vorbereitungen in Cannes verschiedene Einzelheiten für die Durchführung der Verzinsungen vor. U. a. sollen die Verzinsungskosten auf die Gesamtleistungen von 1922 verrechnet und sonstige Verpflichtungen in fremder Währung aus dem Friedensvertrag, insbesondere dem Clearingverkehr, ermäßigt werden. Deutschland gibt ferner erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräfte an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Deutschland ist bereit, auch mit anderen Alliierten Abkommen über Sachleistungen abzuschließen. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit ist die Vorbedingung für eine umfassende Durchführung der Reparationen. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß die Erhebung der Reparationen für 1922 nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Finanzproblems ist. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission, die Schlußausführungen besonders zu beachten.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Frage der Kriegsschuld. Die deutsche Außenpolitik vor dem Krieg. Berlin, 28. Jan. Wie die „Tägl. Rundschau“ zuverlässig erzählt, sollen anfangs Februar die Vorkriegssachen des auswärtigen Amtes veröffentlicht werden. Dieser Entscheidung liegt die Absicht zugrunde, der Welt ein Bild von der deut-







